



Der Konflikt in und um die Ukraine Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten

Dr. Klaus Olshausen

April 2014

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Dr. Klaus Olshausen



ANALYSE

In einem Beitrag in der Wochenzeitung *DIE ZEIT* vom 6. März 2014 zur Krise auf der Krim schreibt Josef Joffe: „Clausewitz ist tot. Der Krieg ist nicht mehr Instrument der Politik.“ Daran ist richtig, dass Generalmajor Carl von Clausewitz am 16. November 1831 gestorben ist. Dass der Krieg nicht mehr Instrument der Politik ist, wird von einigen – vor allem in den westlichen Ländern – als Wunsch oder Forderung erhoben. Es entspricht aber weder der Wirklichkeit außerhalb noch innerhalb Europas.

Wenn man die Feststellung von Clausewitz auf „gewaltsamen Konflikt“ erweitert, dann sind viele Einsichten und vor allem seine Vorgehensweise für Analyse und Einschätzung des komplexen und dynamischen Geschehens heutiger Krisen sehr nützlich.

„Der Krieg [der gewaltsame Konflikt] (gehört) in das Gebiet gesellschaftlichen Lebens. Er ist ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst, und nur darin ist er von den anderen verschieden“ (S. 121).¹ Auch vorwärts des Gewaltausbruchs kann eine ganze Reihe von ihm benannter Merkmale für das Agieren in Krisen nützlich sein.

Die derzeitige Entwicklung der Krise in und um die Ukraine und die Dynamik des Handelns von Russland und seiner Helfershelfer auf der Krim folgt weitgehend dem Fall: *„Gesetzt also, von zwei Staaten habe der eine einen positiven Zweck: er will eine Provinz des Gegners erobern, um sie beim Frieden geltend zu machen. Nach seiner Eroberung ist sein politischer Zweck erfüllt, das Bedürfnis des Handelns hört auf, für ihn tritt Ruhe ein. Will der Gegner sich auch bei diesem Erfolg beruhigen, so muss er Frieden schließen, will er dies nicht, so wird er handeln; nun lässt sich denken, dass er in vier Wochen [heute oft in Jahren] mehr dazu organisiert sein wird, er hat also einen hinlänglichen Grund, das Handeln zu verschieben“* (S. 37 f.).

Die Wirklichkeit der Krisenentwicklung seit den Schüssen vom 18. Februar hatte natürlich viele Überraschungen, war gekennzeichnet von Unsicherheiten, Wahrscheinlichkeiten und Zufällen. Diese ergaben und ergeben sich auch daraus, dass in dieser Krise viele Akteure aufeinander prallen. Es gibt also auf vielen Ebenen und lokal, regional und international, was man „lebendige Reaktion“ nennen kann. Diese vielen Wechselwirkungen von Handeln und Gegenhandeln entziehen sich „aller Planmäßigkeit“. Und die letzten Tage machen offensichtlich, dass *die Wirkung, welche irgendeine Maßnahme auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt* (S. 108).

Deshalb gilt es für die westlichen Regierungen, diese Wechselwirkungen zwischen ihren Handlungen und Verlautbarungen und der offensiven Aktivität von Russland und den russlandfreundlichen Kräften in der Ukraine möglichst realistisch einzuschätzen. Dabei können die komplizierten Abstimmungsprozesse von 28 EU und NATO Staaten und den USA als eigener Akteur Russland als einem Akteur mit zentraler Kontrolle eine Reihe von Vorteilen bieten, insbesondere wenn unterschiedliche Sichtweisen und Interessen in der westlichen Gruppierung für ihn klar erkennbar werden. Er kann schneller agieren und reagieren, er kann und will die Initiative für sein (Zwischen)-Ziel der Abtrennung der Krim von der Ukraine zu einem erfolgreichen Ende bringen. Da die westlichen Staaten eigene militärischen Bewegungen oder Maßnahmen ausschließen und die Streitkräfte der Ukraine den russischen und von Russland ausgerüsteten und geführten Truppen auf der Krim nicht erfolgreich entgegentreten können, kann sich bestätigen, was seit alters her gilt: der Eroberer ist friedlich – wenn nur die Menschen dort sich einfach fügen! In diese Kategorie gehört auch die schon heute öfter vertretene Auffassung,

¹ Alle Textstellen nach Carl v. Clausewitz, *Vom Kriege*, Ullstein, 5/2008



die Ursache für die Eroberungsvorhaben Russlands sei ja nur eine Folge der Respektlosigkeit, mit der westliche Staaten Russland seit Jahren begegnen.

Für den Krieg – und heute für gewaltsame Konflikte wie für gewaltträchtige Krisen, in diesem Fall in und um die Ukraine – sind drei Tendenzen von besonderer Wichtigkeit: Erstens der Hass und die Feindschaft, zweitens das Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, drittens die Natur eines politischen Werkzeugs. Es ist offenkundig, dass in den verschiedenen Gruppen in der Ukraine in den letzten Monaten starke Gefühle der Abneigung und der Zustimmung entstanden sind, die Aktivisten auf beiden/mehreren Seiten nutzten und nutzen, um Hass und Feindschaft zu schüren.

Am erfolgreichsten im Schaffen und Schüren des Gegensatzes war die strategische Kommunikation von Putins Russland. Das „Narrativ“, das seit Wochen auf die eigene Bevölkerung und die russischsprachige Bevölkerung auf der Krim und in der Ost-Ukraine hernieder prasselt, hat eine Stimmung geschaffen, in der Putin zu offensivem und aggressivem eigenen Verhalten breite Unterstützung zu finden scheint. Dem hat die ukrainische Übergangsregierung, aber auch die Informationspolitik der westlichen Staaten, der EU und der NATO wenig entgegenzusetzen.

Für die Abstimmung auf der Krim am 16. März versucht die dort neu geschaffene Regionalregierung mit russischer Unterstützung, durch rigoroses und einschüchterndes Handeln eine hohe Wahrscheinlichkeit für das gewollte Ergebnis herzustellen und unvorhergesehene Zufälle möglichst auszuschließen. Ob „Mut und Talent“ der Ukrainer und ukrainischen Tataren auf der Krim eine Chance haben, das Abstimmungsergebnis drastisch zu beeinflussen, ist offen, aber doch eher zweifelhaft.

So bleiben die Zwecke und Ziele der verschiedenen Akteure zu analysieren und dies zu ihrem jeweilig verfügbaren Maß der Mittel in Beziehung zu setzen. Putin beabsichtigt, die Ukraine zu destabilisieren, die Krim aus der Ukraine herauszulösen und so einen Zustand herbeizuführen, der nach seiner Beurteilung jeden EU Konsens über eine Aufnahme der Ukraine in die EU auf unabsehbare Zeit verhindern hilft. Es ist unklar, ob er bei diesem Konfliktplan – angefeuert durch Ärger, Wut oder Zorn über die Entwicklung seit der Flucht von Janukowitsch – die Reaktionen und Handlungsmöglichkeiten der anderen Akteure in der Ukraine und in der internationalen Gemeinschaft in ihren kurz- und mittelfristigen Konsequenzen für ihn und Russland realistisch einschätzt. Bisher ist er offensichtlich überzeugt, dass die unterschiedlichen Interessen der USA und der 28 EU-Staaten nur begrenzte Schwierigkeiten für Russland beinhalten werden und nicht zum Überdenken seiner Zwecke und Ziele in der Ukraine führen müssen. Die Regierung in Kiew und die westlichen Staaten haben bisher keine Maßnahmen ergriffen, um dem von ihnen deklarierten Zweck und Ziel einer stabilen Ukraine in voller Souveränität, Integrität und territorialen Unversehrtheit gegenüber der russischen Aktivität Nachdruck zu verleihen und eine erfolgsversprechende Perspektive für alle Beteiligten – auch für russische Interessenlagen – zu entwickeln.

Da zwar alle für eine freie, friedliche, unabhängige Ukraine eintreten, aber doch die unmittelbare, existenzielle Sicherheit für viele EU-/NATO-Staaten (noch) nicht in Frage steht, werden diese unterschiedlichen Einschätzungen zu Entschlüssen führen, die an der Untergrenze dessen sind, was erforderlich wäre, um Putins Calculus nachhaltig zu beeinflussen. Das Hin- und Her um die Frage von wirtschaftlichen Sanktionen ist dabei nur die Spitze des Eisberges der Unterschiedlichkeiten. Es ist eine wichtige Einsicht von Clausewitzscher Arbeit, die auch in dieser Krisenlage gilt: *„Niemals wird man sehen, dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene. Eine mäßige Hilfsarmee (in diesem Fall: politisch-diplomatische Schritte und einige Sanktionen) wird vorgeschickt; ist sie nicht glücklich, so sieht man die Sache ziemlich als abgemacht an und sucht so wohlfeil als möglich herauszukommen“* (S. 680). Dabei gibt die Entwicklung



während und nach dem russischen Krieg gegen Georgien und das anschließende Verhalten einen Hinweis, was eintreten kann.

Selbst auf diesem Gebiet von Sanktionen gelingt es Putin, mit der Androhung von drastischen Gegenmaßnahmen gegen europäische Staaten die inneren Gegensätze innerhalb der EU und des Westens insgesamt noch zu verstärken.

So bleibt offen, ob ein konzertiertes, wirksames Handeln in solchen Krisenlagen erst erfolgen wird, wenn das Existenzielle für die Sicherheit und Stabilität allen klar vor Augen geführt wird. Ob eine Annexion der Ukraine durch Russland diese Einsicht hervorbringt, bleibt abzuwarten und ist eher skeptisch zu bewerten.

Anmerkung:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Er erschien erstmalig in "Europäische Sicherheit und Technik", Heft 4/2014.